



Bericht an den Landrat des Kantons Basel-Landschaft

Bericht der: Finanzkommission

vom: 7. März 2013

zur Vorlage Nr.: [2012-222](#)

Titel: **Anpassung des Steuergesetzes vom 7. Februar 1974 an die harmonisierungsrechtlichen Vorgaben des Bundes und neuer Tarif für Kapitalleistungen aus Vorsorge**

Bemerkungen: [Verlauf dieses Geschäfts](#)

Links:

- [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
- [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
- [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
- [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)



Bericht der Finanzkommission an den Landrat

Anpassung des Steuergesetzes vom 7. Februar 1974 an die harmonisierungsrechtlichen Vorgaben des Bundes und neuer Tarif für Kapitaleleistungen aus Vorsorge

Vom 07. März 2013

1. Ausgangslage

Zwingende Bestimmungen

Ein Grossteil der in der Vorlage vorgesehenen Änderungen beinhalten Anpassungen an die zwingenden Bestimmungen des Bundes, die in letzter Zeit im *Bundesgesetz über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden* (Steuerharmonisierungsgesetz; StHG) beschlossen wurden. Die Kantone haben in der Regel zwei Jahre Zeit, um ihre kantonalen Steuergesetze entsprechend anzupassen.

Die zwingenden Anpassungen betreffen:

- den Abzug für Kinderdrittbetreuungskosten
- den Abzug für Spenden an politischen Parteien
- die als Lohn Einkommen zu besteuern den Mitarbeiterbeteiligungen, deren Bewertung bei der Vermögenssteuer, deren Behandlung bei der Quellensteuer und deren Bescheinigung
- den einkommenssteuerfreien Feuerwehrosold
- die abzugsfähigen Instandstellungskosten einer neu erworbenen Liegenschaft (Abschaffung der sog. «Dumont-Praxis», die aber in BL gar nie angewandt wurde)
- die Steuerbefreiung von konzessionierten Verkehrs- und Infrastrukturunternehmen
- die Vermögensbesteuerung von Rentenversicherungen
- die Freigrenze bei Lotteriegewinnen (Diese zwingende Bestimmung wurde nachträglich eingebracht, nachdem der Bundesrat am 31. Oktober 2012 diese Freigrenze beschlossen hatte.)

Beim Abzug für Spenden an politische Parteien, beim einkommenssteuerfreien Feuerwehrosold und bei der Freigrenze bei Lotteriegewinnen liegen die festzulegenden Höchstbeträge in der Kompetenz der Kantone.

Fakultative Elemente

Losgelöst von der Steuerharmonisierung und daher nicht zwingend sieht die Vorlage folgende Änderungen vor:

- Optimierung des aktuellen Renterinnen- und Rentnerabzugs
- Neuer Tarif für Kapitaleleistungen aus Vorsorge
- Integration des Steuererlasses in die Taxationskommission (verwaltungsorganisatorische Änderung)
- Ergänzung der Auskunftspflicht gegenüber kantonalen Organen der Verwaltung und Rechtspflege

Finanzielle Auswirkungen

Bei den zwingend umzusetzenden Punkten handelt es sich vorwiegend um redaktionelle Überarbeitungen, welche keine gewichtigen materiellen Veränderungen bewirken und nahezu keine finanziellen, technischen oder administrativen Auswirkungen nach sich ziehen.

Einzig die Besteuerung gesperrter oder nicht börsenkotierter Mitarbeiteroptionen könnte zu (nicht bezifferbaren) zusätzlichen Einkommenssteuern führen.

Die steuerliche Anpassung des Sozialabzugs für Rentnerinnen und Rentner wird voraussichtlich zu Mindereinnahmen von weniger als Fr. 100'000 (Gemeinden: weniger als Fr. 60'000) führen. In dieser Rechnung wurden die bis anhin anfallenden Ausfälle infolge gewährter Steuererlasse für solche Personen nicht berücksichtigt. Durch den Wegfall dieser Steuererlasse dürfte ein Teil des Ausfalls wieder kompensiert werden.

Zu nennenswerten Mindereinnahmen wird die Neuregelung des Vorsorgetarifs für Kapitaleleistungen führen; die Mindereinnahmen werden auf Fr. 2.2 Mio. geschätzt. Durch die moderatere Belastung der höheren Auszahlungen dürfte bei einer dynamischen Betrachtung mit einem gewissen Kompensationseffekt gerechnet werden.

2. Kommissionsberatung

Die Finanzkommission hat die Vorlage an ihren Sitzungen vom 7. November 2012, 16. Januar, 30. Januar und 6. Februar 2013 beraten. Sie wurde dabei begleitet von Regierungsrat Adrian Ballmer, Finanzverwalter Roger Wenk, Roland Winkler, Vorsteher Finanzkontrolle, sowie von

Peter Nefzger, Vorsteher Steuerverwaltung, und Benjamin Pidoux, Leiter Rechtsdienst Steuerverwaltung.

3. Eintreten

Eintreten auf die Vorlage ist unbestritten.

4. Detailberatung

Vorbemerkung: Auf diejenigen zwingenden Bestimmungen, die keinen Handlungsspielraum bieten und die in der Kommission zu keinen Diskussionen führten, wird im Folgenden nicht eingegangen.

Freigrenze Lotteriegewinne
(§§ 24 Bst. g, 28 Bst. n und 29 Abs. Bst. 1 o)

Diese Bestimmung ist nicht in der Vorlage enthalten. Am 31. Oktober 2012 hat der Bundesrat diese Freigrenze beschlossen. Die Kantone müssen diese bis 2016 einführen.

Die Freigrenze für Gewinne aus Lotterien oder lottereeähnlichen Veranstaltungen (wie z.B. Benissimo und Lottomatches) wird neu auf Fr. 1'000 festgesetzt.

Aus Gründen der Überschaubarkeit findet sich im Gesetz nun eine Liste mit besteuerten und eine mit nichtbesteuerten Einkünften. Eine gewisse Doppelspurigkeit wird dafür in Kauf genommen.

Steuerfreiheit Feuerwehrosold (§ 28 Bst. h)

Die Finanzkommission hat entschieden, die Steuerfreiheit des Feuerwehrosoldes im Steuergesetz und nicht im neuen Feuerwehrgesetz, das vor Kurzem durch den Landrat verabschiedet wurde, zu regeln. Es wird eine Obergrenze von Fr. 5'000 vorgeschlagen, analog zur Obergrenze, die für die Bundessteuer gilt.

Der Bund konkretisierte auch, was unter den Feuerwehrosold fällt. Der Kanton muss diese Definition übernehmen.

Da die Bestimmung semantisch allerdings unklar erscheint, nimmt die Kommission eine redaktionelle Anpassung vor: Sie setzt vor «ausgenommen» ein Semikolon an Stelle des Kommas.

Bausparrücklagen, Abzüge und Besteuerung (§ 29^{bis}; neu § 203)

Diese Bestimmung ist nicht mehr anwendbar, wird aber für die gesetzliche Nachbesteuerung herangezogen. Deshalb wird § 29^{bis} aufgrund eines Antrags aus der Kommission in die Übergangsbestimmungen verschoben. Der neue § 203 ist so formuliert, dass er nur noch die für die Nachbesteuerung notwendigen Bestimmungen enthält. Dies wird von der Kommission stillschweigend gutgeheissen.

Anpassung Abzug für Kinderdrittbetreuungskosten (§ 29 Abs. 1 Bst. c)

Vom Steuerharmonisierungsgesetz vorgegeben ist die Reduktion des Höchstalters des zu betreuenden Kindes um ein Jahr (bisher bis Alter 15, neu nur noch bis zum Erreichen des 14. Altersjahres); ferner müssen die Dritt-

betreuungskosten in direktem kausalem Zusammenhang mit der Erwerbstätigkeit, Ausbildung oder Erwerbsunfähigkeit stehen.

Der einzige Handlungsspielraum liegt in der Festlegung des maximalen Abzugs, wobei vorgeschlagen wird, am bisher geltenden Maximalbetrag von Fr. 5'500 festzuhalten.

Die Kommission stellt diesen Betrag nicht in Frage.

Neuformulierung Spendenabzug an politische Parteien
(§ 29 Abs. 1 Bst. l^{bis})

Der Kanton kennt die Abzugsfähigkeit von Parteispenden bereits, muss diese Bestimmung aber aus harmonisierungsrechtlichen Gründen inhaltlich übernehmen. Spielraum besteht bei der Festlegung der Obergrenze. Der Kanton schlägt in Anlehnung an die bundesrechtliche Obergrenze den Betrag von Fr. 10'000 vor.

Die vorgeschlagene Obergrenze wird von der Kommission stillschweigend gutgeheissen.

Optimierung Renterinnen- und Rentnerabzug (§ 33 Bst. c)

In diesem Zusammenhang gab vor allem die Frage zu Diskussionen Anlass, ob eine Ungleichbehandlung von Ehe- und Konkubinatspaaren bestehe.

Auf Anfrage der Kommission unterbreitete die Finanzdirektion eine Zusammenstellung, welche die Ungleichbehandlung bestätigt.

Die Finanzkommission möchte dieser entgegenwirken und beantragt dem Landrat daher einstimmig folgende neue Regelung: Der Abzug bei einer maximalen AHV/IV-Ehepaarrente beträgt 60% (Vorlage: 30%). Bei höheren Einkünften vermindert sich dieser Abzug um jeweils 1% pro Fr. 250 (Vorlage: Fr. 500) zusätzlichen Einkünften.

Besteuerung Kapitalleistungen aus Vorsorge
(§§ 36 und 68 Bst. o^{bis})

Die Besteuerung der Kapitalleistungen aus Vorsorge ist das Kernstück der Vorlage.

Baselland nimmt unter den Nordwestschweizer Kantonen bei tieferen Auszahlungen punkto Steuerbelastung den Spitzenrang ein. Bei deutlich höheren Kapitalleistungen hingegen wird der Kanton Basel-Landschaft teurer; bei grösseren Millionenbeträgen ist er sogar mit Abstand der teuerste in der Nordwestschweiz.

Diese vergleichsweise sehr hohe Besteuerung der grösseren Auszahlungen, welche mit der Pensionierung zusammenfällt, birgt dringenden Handlungsbedarf, um den Wegzug von guten Steuerzahlern zu verhindern.

Auf Wunsch der Kommission wurden verschiedene Varianten vorgelegt.

Die Kommission spricht sich mit 8:4 Stimmen für jene Variante aus, die bei statischer Betrachtung haushaltsneutral ausfällt: Für Kapitalleistungen bis Fr. 400'000 wird ein Steuersatz von 2.4% (Stufe 1; Vorlage: 2%) vorgeschlagen; Beträge über Fr. 400'000 werden mit einem Steuersatz von 6% (Stufe 2; Vorlage: 6%), jedoch mit einer Maximalbelastung von insgesamt 4% (Vorlage: 4.5%) besteuert.

Für die Befürwortenden dieser Variante stand im Vordergrund, dass damit die Haushaltneutralität gewährleistet wäre. Betreffend die Besteuerung der tieferen Kapitalleistungen bleibt der Kanton, trotz dieser Erhöhung des

Steuersatzes auf Stufe 1, der günstigste im Nordwestschweizer Vergleich.

Für die Minderheit stand die dringende Entlastung der höheren Auszahlungen im Vordergrund. Sie hätte es vorgezogen, die unteren Kapitalauszahlungen nicht stärker zu besteuern, weil damit eine grössere Anzahl Personen mehrbelastet würde – was allenfalls die Vorlage gefährden könnte.

Von mehreren Seiten wurde eingebracht, dass sich diese Haushaltsneutralität aus einer statischen Betrachtung heraus ergibt. Der Wegzug vermöglicher Personen könnte durch die moderatere Belastung verhindert werden, so dass in einer dynamischen Betrachtung mit zusätzlichen Einnahmen gerechnet werden kann.

In Folge dieser Entscheidung muss die Quellensteuer auf den Kapitaleistungen analog angepasst werden (§680^{bis} Abs. 3): Die Quellensteuer auf dem Bruttobetrag der Kapitaleistung beträgt für die ersten Fr. 400'000 3.8% (Vorlage: 3.2%); für über Fr. 400'000 liegende Beträge 9.5% (Vorlage: 9.5%), insgesamt aber nicht mehr als 6.3% (Vorlage 7.1%).

Diese Anpassung empfiehlt die Finanzkommission mit 9:0 bei 3 Enthaltungen zur Annahme.

Die Besteuerung von Mitarbeiterbeteiligungen (§§ 6, 24, 24a – 24d und 46)

Um eine klare Regelung für die Berücksichtigung eines Einschlags für diskontierte Mitarbeiteraktien bei der Berechnung der kantonalen Vermögenssteuer zu haben, schlägt die Finanzdirektion eine neue Formulierung vor (zweiter Satz § 46 Abs. 7):

«Allfällige Sperrfristen werden einheitlich mit einem Einschlag von 20% berücksichtigt.»

Der einheitliche Satz von 20% ist verwaltungsökonomisch sinnvoll und wurde bereits in anderen Kantonen so gewählt. Die Kommission spricht sich mit 11:0 Stimmen für die neue Formulierung aus.

Organisatorische Zusammenführung der Taxationskommission mit dem Steuererlass (§§ 108, 110, 139b und 183)

Um Zuständigkeiten und den ordentlichen Rechtsweg zu vereinfachen, wird die Neuorganisation in Form einer Zusammenführung in eine Taxations- und Erlasskommission vorgeschlagen.

Aus den Reihen der Kommission wird der Antrag gestellt, zu Beginn des zweiten Satzes von §183 Abs. 2 die Formulierung «bei berechtigtem Interesse» zu streichen, weil dieses nicht klar definiert ist. Demnach soll der Satz wie folgt lauten:

«Das Gesuch kann bereits anlässlich des Veranlagungsverfahrens gestellt und entschieden werden.»

Seitens der Finanzdirektion wird bestätigt, dass diese Streichung inhaltlich nichts ändere. Wichtig sei einfach der Passus, wonach diese Anträge bereits im Veranlagungsverfahren gestellt werden können.

Der Antrag wird von der Kommission einstimmig unterstützt.

Schaffung gesetzlicher Grundlagen für elektronischen Zugriff (§§ 111a und 115)

In diesem Zusammenhang kam die Frage nach dem Nutzen der Abgabe des Lohnausweises durch den Arbeitgeber auf. Wie seitens Steuerverwaltung ausgeführt wurde, sei aus Ertragsicht nicht viel erreicht worden. Schweizweit gehe die Entwicklung allerdings in Richtung Automatisierung und elektronische Dienstleistungen. Deshalb sollte die Abgabe des Lohnausweises durch den Arbeitgeber nicht wieder abgeschafft werden, da diese bei voranschreitender Entwicklung wahrscheinlich wieder eingeführt werden müsste.

5. Antrag

Die Finanzkommission beantragt

- mit 10:0 Stimmen bei 2 Enthaltungen, der Revision des Steuergesetzes gemäss dem beiliegenden abgeänderten Entwurf zuzustimmen;
- mit 12:0 Stimmen, folgende Vorstösse abzuschreiben:
 - Motion [2010/339](#) von Sara Fritz (CVP/EVP-Fraktion) vom 14. Oktober 2010 «Anpassung des Steuerabzugs für bedürftige AHV- und IV-Rentner»
 - Motion [2010/147](#) von Hans-Jürgen Ringgenberg (SVP-Fraktion) vom 15. April 2010 «Milderung der Steuerprogression bei Kapitaleistungen aus der Vorsorge»
 - Motion [2011/182](#) von Franz Meyer (CVP/EVP-Fraktion) vom 9. Juni 2011 «Mitgliederbeiträge an politische Parteien sollen im Kanton Baselland vom steuerbaren Einkommen abgezogen werden können»

Therwil, den 7. März 2013

Im Namen der Finanzkommission

Der Vizepräsident:

Hans-Jürgen Ringgenberg

Beilage 1 Entwurf Gesetzesänderung (von der Finanzkommission abgeändert und von der Redaktionskommission bereinigt)

Beilage 2 Entwurf Landratsbeschluss

Gesetz über die Staats- und Gemeindesteuern

Änderung vom

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

I.

Das Gesetz vom 7. Februar 1974 über die Staats- und Gemeindesteuern (Steuergesetz)¹ wird wie folgt geändert:

§ 6 Absatz 2 Buchstabe b

² Bei Wohnsitz oder Sitz im Ausland sind sie ausserdem steuerpflichtig, wenn sie

- b. als Mitglieder der Verwaltung oder Geschäftsführung juristischer Personen mit Sitz oder Betriebsstätte im Kanton Tantiemen, Sitzungsgelder, feste Entschädigungen, Mitarbeiterbeteiligungen oder ähnliche Vergütungen beziehen;

§ 16 Absatz 1 Buchstabe c

¹ Von der Staats- und Gemeindesteuer sind befreit

- c. vom Bund konzessionierte Verkehrs- und Infrastrukturunternehmen, die für diese Tätigkeit Abgeltungen erhalten oder aufgrund ihrer Konzession einen ganzjährigen Betrieb von nationaler Bedeutung aufrecht erhalten müssen; die Steuerbefreiung erstreckt sich auch auf Gewinne aus der konzessionierten Tätigkeit, die frei verfügbar sind; von der Steuerbefreiung ausgenommen sind jedoch Nebenbetriebe und Liegenschaften, die keine notwendige Beziehung zur konzessionierten Tätigkeit haben;

§ 24 Buchstaben a und g

Zum steuerbaren Einkommen gehören insbesondere

- a. alle Einkünfte aus unselbständiger Erwerbstätigkeit, namentlich aus privatrechtlichem oder öffentlich-rechtlichem Anstellungs- oder Arbeitsverhältnis oder aus der Erfüllung einer Dienstpflicht, mit Einschluss der Natural- und Nebeneinkünfte wie Entschädigungen für Sonderleistungen, Provisionen, Zulagen, Dienstalatters- und Jubiläumsgeschenke, Gratifikationen, Tan-

¹ GS 25.427; SGS 331

tiemen, Sitzungsentschädigungen, geldwerte Vorteile aus Mitarbeiterbeteiligungen, Trinkgelder oder ähnliche Zuwendungen;

- g. die einzelnen Gewinne von über 1000 Franken aus einer Lotterie oder einer lotterietähnlichen Veranstaltung;

§ 24a 2a. Mitarbeiterbeteiligungen

¹ Als echte Mitarbeiterbeteiligungen gelten

- a. Aktien, Genussscheine, Partizipationsscheine, Genossenschaftsanteile oder Beteiligungen anderer Art, welche die Arbeitgeberin, deren Muttergesellschaft oder eine andere Konzerngesellschaft den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern abgibt;
- b. Optionen auf den Erwerb von Beteiligungen nach Buchstabe a.

² Als unechte Mitarbeiterbeteiligungen gelten Anwartschaften auf blosser Bargeldabfindungen.

§ 24b 2b. Einkünfte aus echten Mitarbeiterbeteiligungen

¹ Geldwerte Vorteile aus echten Mitarbeiterbeteiligungen, ausser aus gesperrten oder nicht börsenkotierten Optionen, sind im Zeitpunkt des Erwerbs als Einkommen aus unselbständiger Erwerbstätigkeit steuerbar. Die steuerbare Leistung entspricht deren Verkehrswert vermindert um einen allfälligen Erwerbspreis.

² Bei Mitarbeiteraktien sind für die Berechnung der steuerbaren Leistung Sperrfristen mit einem Diskont von 6 Prozent pro Sperrjahr auf deren Verkehrswert zu berücksichtigen. Dieser Diskont gilt längstens für zehn Jahre.

³ Geldwerte Vorteile aus gesperrten oder nicht börsenkotierten Mitarbeiteroptionen werden im Zeitpunkt der Ausübung besteuert. Die steuerbare Leistung entspricht dem Verkehrswert der Aktie bei Ausübung vermindert um den Ausübungspreis.

§ 24c 2c. Einkünfte aus unechten Mitarbeiterbeteiligungen

Geldwerte Vorteile aus unechten Mitarbeiterbeteiligungen sind im Zeitpunkt ihres Zuflusses steuerbar.

§ 24d 2d. Anteilsmässige Besteuerung

Hatte der Steuerpflichtige nicht während der gesamten Zeitspanne zwischen Erwerb und Entstehen des Ausübungsrechts der gesperrten Mitarbeiteroptionen (§ 24b Absatz 3) steuerrechtlichen Wohnsitz oder Aufenthalt in der Schweiz, so werden die geldwerten Vorteile daraus anteilmässig im Verhältnis zwischen der gesamten zu der in der Schweiz verbrachten Zeitspanne besteuert.

§ 28 Buchstaben h und n

Der Einkommenssteuer nicht unterworfen sind

- h. der Sold für Militär- und Zivilschutzdienst sowie der Sold der Milizfeuerwehrleute bis zum Betrag von 5000 Franken für Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Erfüllung der Kernaufgaben der Feuerwehr (Übungen, Pikettdienste, Kurse, Inspektionen und Ernstfalleinsätze zur Rettung, Brandbekämpfung, allgemeinen Schadenwehr, Elementarschadenbewältigung und dergleichen); ausgenommen sind Pauschalzulagen für Kader, Funktionszulagen sowie Entschädigungen für administrative Arbeiten und für Dienstleistungen, welche die Feuerwehr freiwillig erbringt;
- n. die einzelnen Gewinne bis zu einem Betrag von 1000 Franken aus einer Lotterie oder einer lottereeähnlichen Veranstaltung.

§ 29 Absatz 1 Buchstaben c, l^{bis} und o

¹ Von den steuerbaren Einkünften werden abgezogen

- c. die nachgewiesenen und selbst getragenen Kosten, jedoch höchstens 5500 Franken pro Jahr, für die Drittbetreuung jedes Kindes, welches das 14. Altersjahr noch nicht vollendet hat und mit der steuerpflichtigen Person, die für seinen Unterhalt sorgt, im gleichen Haushalt lebt, soweit diese Kosten in direktem kausalem Zusammenhang mit der Erwerbstätigkeit, Ausbildung oder Erwerbsunfähigkeit der steuerpflichtigen Person stehen;
- l^{bis}. die Mitgliederbeiträge und Zuwendungen bis zum Gesamtbetrag von 10'000 Franken an politische Parteien, die im Parteienregister nach Artikel 76a des Bundesgesetzes vom 17. Dezember 1976² über die politischen Rechte eingetragen sind, im Landrat vertreten sind oder bei den letzten Wahlen des Landrates mindestens 3% der Stimmen erreicht haben;
- o. die Einsatzkosten im Umfang von 5% der einzelnen Gewinne aus einer Lotterie oder einer lottereeähnlichen Veranstaltung, jedoch höchstens 5000 Franken.

§ 29 Absatz 2

² Bei Liegenschaften im Privatvermögen können die Unterhaltskosten, die Kosten der Instandstellung von neu erworbenen Liegenschaften, die Versicherungsprämien und die Kosten der Verwaltung durch Dritte abgezogen werden. Der Steuerpflichtige kann für solche Liegenschaften für jede Steuerperiode anstelle der tatsächlichen Kosten und Prämien einen Pauschalabzug geltend machen. Der Pauschalabzug beträgt bei über zehnjährigen Gebäuden 30% und bei bis zu zehnjährigen Gebäuden 25% des Eigenmietwertes für selbst genutzte Liegenschaften oder des Bruttomietwertes. Das Nähere regelt der Regierungsrat.

§ 29^{bis}

aufgehoben

² SR 161.1

§ 33 Buchstabe c

Vom Reineinkommen werden für die Steuerberechnung folgende Sozialabzüge in Abzug gebracht:

- c. für verwitwete, getrennt lebende, geschiedene und ledige AHV/IV-Rentnerinnen und -Rentner mit steuerbaren Einkünften (vor allen Abzügen) im Betrag von höchstens der maximalen einfachen AHV/IV-Rente: 40% dieser Einkünfte. Bei höheren Einkünften vermindert sich der Abzug in Schritten von jeweils 1% pro 100 Franken zusätzlichen Einkünften. Für in ungetrennter Ehe lebende Ehepaare mit steuerbaren Einkünften (vor allen Abzügen) im Betrag von höchstens der maximalen AHV/IV-Ehepaarrente beträgt der Abzug 60% dieser Einkünfte, sofern beide Ehegatten AHV/IV-Rentner sind. Bei höheren Einkünften vermindert sich der Abzug in Schritten von jeweils 1% pro 250 Franken zusätzlichen Einkünften. Der Abzug kann in beiden Fällen nicht beansprucht werden, sofern nach allen Abzügen sowie ohne Berücksichtigung der dauernd selbstbewohnten Liegenschaft noch steuerbares Vermögen vorliegt.

§ 36 3. Kapitaleistungen aus Vorsorge

¹ Kapitaleistungen aus beruflicher Vorsorge und aus anerkannten Formen der gebundenen Selbstvorsorge im Sinne von § 27^{bis} Absatz 1 sowie gleichartige Kapitalabfindungen des Arbeitgebers mit Vorsorgecharakter werden gesondert besteuert. Ebenso unterliegen Kapitaleistungen bei Tod und für bleibende körperliche oder gesundheitliche Nachteile einer separaten Jahressteuer.

² Der auf die Kapitaleistung anwendbare Steuersatz beträgt:

für die ersten 400'000 Fr.	2.4%
für über 400'000 Fr. liegende Beträge	6%

insgesamt aber nicht mehr als 4%.

³ Die Sozialabzüge gemäss § 33 und § 34 Absatz 4 werden nicht gewährt. Kapitaleistungen an die gleiche Person im gleichen Kalenderjahr werden zusammengerechnet. Kapitaleistungen von gemeinsam veranlagten Personen werden untereinander nicht zusammengerechnet.

§ 46 Absätze 7 und 8

⁷ Mitarbeiterbeteiligungen nach § 24b Absatz 1 sind zum Verkehrswert einzusetzen. Allfällige Sperrfristen werden mit einem einheitlichen Einschlag von 20% berücksichtigt.

⁸ Mitarbeiterbeteiligungen nach § 24b Absatz 3 und § 24c sind bei Zuteilung ohne Steuerwert zu deklarieren.

§ 47 Absätze 1 und 2

¹ Kapital- und Rentenversicherungen unterliegen der Vermögenssteuer mit ihrem jeweiligen Rückkaufswert.

² *aufgehoben*

§ 68b Absatz 2

² Steuerbar sind alle Einkünfte aus Arbeitsverhältnissen, eingeschlossen Nebeneinkünfte wie Entschädigungen für Sonderleistungen, Provisionen, Zulagen, Dienstalters- und Jubiläumsgeschenke, Gratifikationen, Trinkgelder, geldwerte Vorteile aus Mitarbeiterbeteiligungen und Naturalleistungen sowie die Ersatzeinkünfte wie Taggelder aus Kranken-, Unfall- und Arbeitslosenversicherung.

§ 68k 2. Arbeitnehmer

¹ Wer ohne steuerrechtlichen Wohnsitz oder Aufenthalt in der Schweiz für kurze Dauer oder als Grenzgänger oder Wochenaufenthalter in unselbständiger Stellung im Kanton erwerbstätig ist, entrichtet für sein Erwerbseinkommen die Quellensteuer nach den §§ 68a-68h.

² Personen, die im Zeitpunkt des Zuflusses von geldwerten Vorteilen aus Mitarbeiterbeteiligungen gemäss § 24b Absatz 3 im Ausland wohnhaft sind, entrichten für diese geldwerten Vorteile die Quellensteuer nach den §§ 68a-68h anteilmässig gemäss § 24d.

§ 68m Absätze 1 und 2

¹ Im Ausland wohnhafte Mitglieder der Verwaltung oder der Geschäftsführung von juristischen Personen mit Sitz oder tatsächlicher Verwaltung im Kanton sind für die ihnen ausgerichteten Tantiemen, Sitzungsgelder, festen Entschädigungen, Mitarbeiterbeteiligungen und ähnlichen Vergütungen steuerpflichtig.

² Im Ausland wohnhafte Mitglieder der Verwaltung oder der Geschäftsführung von ausländischen Unternehmungen mit Betriebsstätten im Kanton sind für die ihnen zu Lasten dieser Betriebsstätten ausgerichteten Tantiemen, Sitzungsgelder, festen Entschädigungen, Mitarbeiterbeteiligungen und ähnlichen Vergütungen steuerpflichtig.

§ 68o^{bis} Absatz 3

³ Kapitaleistungen unterliegen ungeachtet staatsvertraglicher Regelungen immer einem Steuerabzug an der Quelle. Die Quellensteuer auf dem Bruttobetrag der Kapitaleistung (abgerundet auf die nächsten 1'000 Fr.) beträgt:

für die ersten 400'000 Fr.	3.8%
für über 400'000 Fr. liegende Beträge	9.5%

insgesamt aber nicht mehr als 6.3%.

§ 68r Absatz 1 Buchstaben c und d

¹ Die Arbeitgeber, Veranstalter, juristischen Personen, Hypothekarschuldner und öffentlichen Pensionskassen als Schuldner der steuerbaren Leistungen sind verpflichtet

c. die Steuern periodisch der kantonalen Steuerverwaltung abzuliefern, mit ihr darüber abzurechnen und ihr zur Kontrolle der Steuererhebung Einblick in alle Unterlagen zu gewähren;

- d. die anteilmässigen Steuern auf im Ausland ausgeübten Mitarbeiteroptionen zu entrichten. Die Arbeitgeberin schuldet die anteilmässige Steuer auch dann, wenn der geldwerte Vorteil von einer ausländischen Konzerngesellschaft ausgerichtet wird.

§ 108 IV. Einschätzungsbehörden - 1. Organisation

Die Einschätzungsbehörden sind

- a. die kantonale Steuerverwaltung;
- b. die von den Gemeinden bezeichneten Organe für die Einschätzung der Unselbständigerwerbenden und Nichterwerbstätigen.

§ 110 3. Kantonale Taxations- und Erlasskommission

¹ Die kantonale Taxations- und Erlasskommission behandelt Gesuche um Steuererlass gemäss § 139b und § 183. Sie behandelt zudem Gesuche um Steuerbefreiung im Sinne von § 16 Absatz 1 Buchstaben d - f.

² Die kantonale Taxations- und Erlasskommission besteht aus drei Mitgliedern und zwei Ersatzmitgliedern. Der Regierungsrat wählt die Präsidentin oder den Präsidenten und ein weiteres Mitglied. Das dritte Mitglied sowie die Ersatzmitglieder werden vom Landrat gewählt.

³ Der Entscheid über Erlasse gemäss § 139b fällt in die Kompetenz der Präsidentin bzw. des Präsidenten. Entscheide über die Steuerbefreiung von juristischen Personen sowie über Erlasse gemäss § 183 fällt die Kommission in Dreierbesetzung.

⁴ Das Aktuariat wird durch die kantonale Steuerverwaltung geführt und hat beratende Stimme.

§ 111 V. Steuergeheimnis - 1. Schweigepflicht

¹ Personen, die in amtlicher Tätigkeit Kenntnis von den Verhältnissen der Steuerpflichtigen erhalten, haben darüber Stillschweigen zu bewahren. Diese Schweigepflicht besteht auch über ein Anstellungs- oder Auftragsverhältnis hinaus.

² Behördenmitglieder und Angestellte, welche die Schweigepflicht verletzen, sind vom Regierungsrat mit einer Ordnungsbusse von 100 Franken bis 500 Franken zu belegen und werden gegebenenfalls angezeigt.

§ 111a 2. Amtshilfe unter anderen Behörden

¹ An Organe der öffentlichen Verwaltung und Rechtspflege können Auskünfte aus den Steuerakten erteilt werden, sofern ein berechtigtes Interesse vorliegt. Diese Amtshilfe gilt auch gegenüber ausserkantonalen Behörden, sofern der andere Kanton Gegenrecht gewährt. Gegenüber basellandschaftlichen Behörden können die benötigten Daten mittels eines Abrufverfahrens zugänglich gemacht werden. Der Regierungsrat regelt die näheren Bestimmungen.

² Die Steuerbehörden des Bundes sowie der Kantone erteilen einander kostenlos alle benötigten Auskünfte und leiten die Daten weiter, die für die Erfüllung ihrer Aufgaben dienlich sein können. Ebenso zur Auskunft verpflichtet sind die Behörden des Bundes, der Kantone, Bezirke und Ge-

meinden, die den Steuerbehörden diejenigen Daten weitergeben, die für die Durchführung dieses Gesetzes von Bedeutung sein können. Die Daten werden einzeln, auf Listen oder auf elektronischen Datenträgern übermittelt. Sie können auch mittels eines Abrufverfahrens zugänglich gemacht werden. Diese Amtshilfe ist kostenlos.

§ 115 Absatz 1

¹ Arbeitgebende sind verpflichtet, für jede arbeitnehmende Person einen Ausweis über Lohn, Gehalt und sonstige Bezüge auszustellen und diesen für jede Steuerperiode direkt der kantonalen Steuerverwaltung einzureichen. Dieselbe Bescheinigungspflicht gilt für geldwerte Vorteile aus echten Mitarbeiterbeteiligungen sowie über die Zuteilung und die Ausübung von Mitarbeiteroptionen.

§ 124 Absatz 2

² Die kantonale Steuerverwaltung kann gegen den Entscheid der kantonalen Taxations- und Erlasskommission innert 30 Tagen nach der Zustellung beim Steuergericht schriftlich Rekurs erheben.

§ 139b IX. Erlass

¹ Steuerpflichtigen Personen, für die infolge einer Notlage die Bezahlung der Steuern, Zinsen, Bussen und Gebühren eine grosse Härte bedeuten würde, können die geschuldeten Beträge ganz oder teilweise erlassen werden.

² Das Erlassgesuch muss schriftlich und begründet sowie mit den nötigen Beweismitteln bei der kantonalen Taxations- und Erlasskommission eingereicht werden. Diese entscheidet nach Anhörung des zuständigen Gemeinderates. Der Steuerpflichtige und die kantonale Steuerverwaltung sowie die Gemeinde können gegen den Entscheid der kantonalen Taxations- und Erlasskommission innert 30 Tagen nach der Zustellung beim Steuergericht schriftlich Rekurs erheben. Im Übrigen gelten die Bestimmungen gemäss den §§ 124 - 132.

³ Ein Erlass oder Teilerlass der Staatssteuer hat auch die entsprechende Herabsetzung der Gemeindesteuer zur Folge.

⁴ Das erstinstanzliche Erlassverfahren ist kostenfrei. Die Kosten des Verfahrens können der gesuchstellenden Person aber auferlegt werden, wenn sie ein offensichtlich unbegründetes Erlassgesuch eingereicht hat.

§ 183 I. Behandlung von Härtefällen

¹ Ergibt sich bei der Anwendung der gesetzlichen Bestimmungen in Einzelfällen eine sachlich ungerechtfertigte Belastung oder eine regelmässig konfiskatorische Besteuerung, die vom Gesetzgeber nicht voraussehbar oder so nicht beabsichtigt worden war, kann die kantonale Taxations- und Erlasskommission von der gesetzlichen Ordnung in angemessener Weise abweichen.

² Das Erlass- bzw. Reduktionsgesuch muss schriftlich und begründet sowie mit den nötigen Beweismitteln bei der kantonalen Taxations- und Erlasskommission eingereicht werden. Das Gesuch kann bereits anlässlich des Veranlagungsverfahrens gestellt und entschieden werden.

³ Ein Erlass oder eine Reduktion der Staatssteuer hat auch die entsprechende Herabsetzung der Gemeindesteuer zur Folge.

⁴ Der Steuerpflichtige und die kantonale Steuerverwaltung sowie die Gemeinde können gegen den Entscheid der kantonalen Taxations- und Erlasskommission innert 30 Tagen nach der Zustellung beim Steuergericht schriftlich Rekurs erheben. Im Übrigen gelten die Bestimmungen gemäss den §§ 124 - 132.

§ 203 XIV. Nachbesteuerung von Bausparkapital

¹ Eine Nachbesteuerung des Bausparkapitals gemäss § 29^{bis} des Steuergesetzes in seiner bis 31. Dezember 2012 gültigen Fassung erfolgt im Jahr der zweckwidrigen Verwendung, bei Wegzug ins Ausland oder bei unbenutztem Ablauf der Frist zur zweckgemässen Verwendung.

² Für steuerpflichtige Personen, welche erstmals im Jahre 2006 oder später Bauspareinlagen getätigt und diese steuerlich zum Abzug gebracht haben, ist das per 31. Dezember 2012 vorhandene Bausparkapital bis spätestens 2017 zweckgemäss im Sinne von § 29^{bis} Absatz 1 des Steuergesetzes in seiner bis 31. Dezember 2012 gültigen Fassung zu verwenden, sonst erfolgt eine Nachbesteuerung. Eine Fristverlängerung über das Jahr 2017 hinaus ist ausgeschlossen.

³ Für steuerpflichtige Personen, welche erstmals im Jahre 2005 oder früher Bauspareinlagen getätigt und steuerlich zum Abzug gebracht haben, ist das per 31. Dezember 2012 vorhandene Bausparkapital innert der in § 29^{bis} Absatz 6 des Steuergesetzes in seiner bis 31. Dezember 2012 gültigen Fassung genannten Frist zweckgemäss zu verwenden, sonst erfolgt eine Nachbesteuerung.

II.

Der Regierungsrat beschliesst das Inkrafttreten dieser Änderung.

Liestal, den

IM NAMEN DES LANDRATES

der Präsident:

der Landschreiber:

Landratsbeschluss

Anpassung des Steuergesetzes vom 7. Februar 1974 an die harmonisierungsrechtlichen Vorgaben des Bundes und neuer Tarif für Kapitaleleistungen aus Vorsorge

vom ...

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

1. das Steuergesetz gemäss Entwurf zu revidieren;
2. die Motion 2010-339 von Sara Fritz (CVP/EVP-Fraktion) vom 14. Oktober 2010, «Anpassung des Steuerabzugs für bedürftige AHV- und IV-Rentner», abzuschreiben;
3. die Motion 2010-147 von Hans-Jürgen Ringgenberg (SVP-Fraktion) vom 15. April 2010 «Milderung der Steuerprogression bei Kapitaleleistungen aus der Vorsorge», abzuschreiben.
4. die Motion 2011-182 von Franz Meyer (CVP/EVP-Fraktion) vom 9. Juni 2011 «Mitgliederbeiträge an politische Parteien sollen im Kanton Baselland vom steuerbaren Einkommen abgezogen werden können», abzuschreiben.

Liestal, ...

Im Namen des Landrates

Der Präsident:

Der Landschreiber: